

Kampftrommel

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Kampftrommel“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei im Umkreis 2,40 Mark, sonst 3,00 Mark, ohne Zustellgebühr. Verlags-Verantwortung: Julius-Verlag Halle, Postfach 14, Fernruf: 246 (Abd.); 247 (Nacht).

Mit dem Illustrierten Arbeiter-Jahrbuch
Der Rote Stern

Abzugspreis: 10 Pf. für den am 1. Okt. und 1. Okt. im Text. Bestellen: Kreisamt des Komm. und Dienstl. Bldg. Halle, Postfach 14, Fernruf: 246 (Abd.); 247 (Nacht). Verlags-Verantwortung: Julius-Verlag Halle, Postfach 14, Fernruf: 246 (Abd.); 247 (Nacht).

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, 29. November 1930

10. Jahrgang * Nr. 280

Kampfanzeige an den Faschismus!

Massenaufmarsch der hallischen Arbeiter im „Volkspart“ — Masseneintritt von Arbeitern in den Kampfbund — Die Antwort an Brüning und auch auf das neueste verlogene Manöver der SPD.

Halle, 29. November.

Der Massenaufmarsch des hallischen Proletariats am gestrigen Sonntag, die gemalte Kundgebung im „Volkspart“, war ein Beweis dafür, daß die hallische Arbeiterklasse gegen den Faschismus, gegen die Ausbeutereliten, für die Verteidigung des sozialistischen Kampfes in der Sowjetunion zu kämpfen geneigt ist. Die geistige Vorbereitung war gleichseitig eine Antwort auf das neue Verlogenheit der Sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokraten wagen es, auf Wälfen, in Flugblättern die Verleumdungen die Entschuldigungen, die in weiten Schichten sozialistischer Nachläufer nach dem offenen Verrat der Hitlerzeit, nach der Preisgabe aller ihrer Wahlversprechungen, einzuwirken, um diese enttäuschten Massen für die SPD einzulassen. Sie spielen sich gegenüber den Arbeitern, gegenüber den breiten werktätigen Massen auf als die Bekämpfer des Faschismus.

Der sie hat selbst nichts anderes als die besten und zuverlässigsten Stützen des Faschismus, als ein Stück Faschismus. Die Erklärung Brüning geht in fortwährendem Maße zur offenen Diktatur über. Sie droht, ihr Programm der geistigen Säuberung, des Lohn- und Gehaltsstaubs mit Hilfe Artikel 48 durchzuführen. Die Sozialdemokraten wagen nicht, aus einer selbstbedingten Protest gegen die Politik Brüning, der dem Vornamen, Das Heiner Hebel zu wählen, verteidigen können sie weiter die Brüning-Diktatur.

Das größte Verbrechen, das die SPD, sich vorstellen kann, ist der Verrat der Positionen, die sie im Staatsapparat der Bourgeoisie innehat und die sie zur Niederdrückung der Arbeiter benutzen will, um den Herrn und Gebieter, dem deutschen Finanzkapital, zu gefallen. Das größte Verbrechen, das sie schließt, ist die Preisgabe der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und der gesamten werktätigen Bevölkerung.

Die Einsetzung der Kommissare in die Gemeindeverwaltungen zur Durchführung des Steuerabbaus ist eine fünfjährige Demonstration der SPD, für die Berufsverbotsmaßnahmen des Faschismus, ist bereits ein Stück Faschismus. Das Einsetzen der Staatsgewalt zur Durchsetzung des Lohnkampfes, wie wir es in dieser Woche erst in Kerna erlebt haben, das ist ein Stück Faschismus. Der systematische Verrat jedes Kampfes der Arbeiter durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie — das ist ein Stück Faschismus.

In diesem Sinne waren die Ausführungen gehalten, die gestern im „Volkspart“ von dem Genossen Wilhelm Koenen und von dem Genossen Dornberger gemacht worden sind. Mit Begeisterung wurden ihre Ausführungen aufgenommen. 112 Aufnahmen wurden für den Kampf und gegen den Faschismus und andere Organisationen des revolutionären Proletariats gemacht.

Die geistige Vorbereitung war ein Aufmarsch. Jetzt heißt es, über- all im Bezirk vorwärts zu gehen, die Massen aufzurufen, sie um uns zu sammeln, sie zu organisieren zum Kampf! Vorwärts zur Erfüllung des antisozialistischen Aufgebotes!

Folgende Entschuldigungen wurden angenommen:

Gegen die Saboteure des sozialistischen Aufbaus

Gegen die neuen imperialistischen Angriffe auf die Sowjetunion! Die Auslagen im Prozeß gegen die „Industriepartei“ haben enthüllt, daß die Sowjetunion in ein neues Millionenmorden hineingeht werden sollte, dessen Termin bereits auf das Jahr 1931 festgelegt war. Die Hege der Kapitalisten, ihrer Freie und ihrer Diplomatie

Glänzende Kundgebung in Zeitz

(Eig. Ber.) Zeitz, 29. November.

Am Freitag, dem 28. November, fand eine gut besuchte Protestkundgebung gegen die am Tage vorher in der SPD-Verammlung gegen die Vertreter der SPD, angewandten Terrormaßnahmen statt. Genosse Kunz-Halle zeigte die Rolle des National- und Sozialfaschismus in Deutschland auf, ganz besonders die Rolle der linken Sozialdemokraten Behagel und Konjors.

Auch in der Diskussion wurde von den Arbeitern scharf das antisozialistische Gesicht der linken Sozialdemokraten aufgezeigt. 20 Aufnahmen für den Kampf und 5 Aufnahmen für die Partei waren das Ergebnis der Versammlung.

gegen die Sowjetunion gibt es wiederum in dem Verlangen und der praktischen Vorbereitung kriegerischer Interventionen. An der Spitze dieser Bestrebungen stehen Komars, Friand, Churshill, Lavrenko, weißrussische Generale, frühere russische Sozialisten. Zu der großen allgemeinen Vorbereitung des bewaffneten Einsatzes in die Sowjetunion gestellt sich die Wirtschaftsjahreskongresse durch Organisation von Schablinen-Gruppen in der Sowjet-Industrie, um durch Heranzuschaffen einer Kräfte die entsprechenden Verbindungen für die militärische Operation zu schaffen. Die Führer der „Industriepartei“ tragen zusammen mit dem französischen Generalstab dafür die Verantwortung.

Auf der Grundlage der Geschichte liegen nicht nur die verhassten Professoren, sondern auch neben Komars und Friand der Imperialismus der kapitalistischen Welt.

Die Pläne des Sabotierens und der Spionage sind an dem unerschütterlichen Willen des Proletariats der Sowjetunion gescheitert, das unerbittlich an der Durchführung des fünfjährigen Arbeitens; die Pläne der militärischen Intervention hat die Wachsamkeit des proletarischen Staates zunichte gemacht.

Die Welt der demaskierten Friedensheuschrecken ist darüber ins Grenzwort gestiegen. Sie scheuen keine Mühe mehr, um sie über die Sowjetunion zu verbreiten.

Das freigelegte russische Proletariat sagt an! Aber Aufmärsche sind auch wir, die Arbeiter in Deutschland, die Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern. Die Arbeiter der ganzen Welt werden das letzte Urteil berechtigt auch gegen die Verbrecher aussprechen und vollziehen, die sich heute noch im Glanz ihrer Macht jähren.

Heute rufen wir, arbeiten unermüdet an der Schaffung der eigenen Kampflinie des Proletariats. Wir werden nicht nur den Versuch einer Intervention im Keime erkennen und abwehren, sondern wir werden auch den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre national- und sozialfaschistischen Helfer verheißt weiterführen.“

In der Zeit der neuen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, der Verbrechen am Aufbau der Sowjetunion, die durch den Prozeß gegen die Industriepartei vor dem Obersten Gerichtshof in Moskau aufgedeckt wurden, erleben wir den sich täglich verschärfenden Terror der Bourgeoisie, der, faschistischen und sozialfaschistischen in Deutschland gegen die Arbeiterklasse.

Die Partei der Volkspräsidenten hegt ihre Gummifüßel gegen auf freilebende und demontierende Arbeiter. W a n s e l d, S e r l i n, J a h n a und neuerdings K u n z a sind Mitglieder der Mittelboden des Rates und des Terrors, deren sich der Kapitalismus durch seine Lakaien bedient.

Wenn nimmt eine entscheidende Position in der Rüstungsindustrie ein. Deshalb der verschärfte Terror gegen die nicht aufhaltende Mobilisierung und Kampfbereitschaft der Bauarbeiter.

Der Sozialfaschist Krüger ließ seine Polizei mit Maschinengewehren ein, um den Hunger zu stillen, aber nicht den Hunger des Proletariats, sondern den Hunger nach Profit der Kapitalisten.

Auf diesen Kampf gegen die Bauarbeiter und gesamte Arbeiterklasse geben wir die richtige und einzige Antwort: Kampf des Proletariats auf der ganzen Front. Die im „Volkspart“ versammelten 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen geloben, im Zeichen des antisozialistischen Parteiaufgebotes alle Kräfte daranzusetzen, die Bauarbeiter in der RGD, zu organisieren.

Gegen die Giftgasföhne von Zeuna und ihre Lakaien! Gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung! Für den Aufbau eines Sowjet-Deutschland!

Lohnstarif durch mitteldeutsche Metallunternehmer gekündigt

Vorwärts zum Streik der Metallproleten!

Magdeburg, 28. November.

Der Verband Mitteldeutscher Metallarbeiter, Magdeburg, erklärt den am Lohnstarif beteiligten Gewerkschaften das Lohnstarif zum 31. Dezember 1930 gekündigt.

Es haben gekürt die mitteldeutschen Metallarbeiter aufmerksam auf das freivolante Spiel, das von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit den Rauchsammer-Proleten gespielt worden ist. Mit dem verlogenen Versprechen, daß kein Lohnabbau gebildet werden dürfe, sind die Rauchsammer-Proleten solange hingehalten worden, bis jetzt der Lohnabbau beschlossen und vollzogen worden ist.

Es haben gekürt die mitteldeutschen Metallarbeitern gegen ihre Pflicht ist, jetzt bereits die Vorbereitung zum Kampf, die Forderungen um Arbeitseinstellung bei vollem Lohn und Lohnstarif zu treffen. Die Kündigung des Lohnstarifs durch die Unternehmerorganisation zum Zwecke des geistlichen Lohnstarifs hat die Notwendigkeit der Kampfvorbereitungen verdeutlicht. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die Köhler und seine Kollegen, werden keine andere Sorge kennen, als die den Metallarbeiter gegen den Lohnabbau umständlich zu machen, wenn er doch gegen ihren Willen zustande kommen will. Die Arbeiter in eine Niederlage zu führen. Nur die RGD, die Arbeiter, weil sie allein dazu fähig und gewillt ist. Deshalb in jedem Metallbetrieb eine starke RGD-Gruppe, die die Arbeiter und unorganisierten Arbeiter umfaßt. Deshalb die vorbereitende Kampfausschüsse!

Wahraub an den hallischen Transportarbeitern droht

(Eig. Ber.) Halle, 29. November.

Allgemeine Arbeitgebernereinigung für Halle und Umgebungen hat dem Gesamtverband der Arbeitnehmer den Lohnstarif

für das Handels- und Transportgewerbe, für die Möbelträger und Kraftfahrer zum 31. Dezember gekündigt. Der für die Stadt Etzelen abgeschlossene Sonderstarifvertrag ist ebenfalls gekündigt worden.

Bravo!

Belegschaft vom Kesselhaus der Grube Leopold erzwingt Aufhebung einer Wahregelung (Eig. Drahtbericht.) Bitterfeld, 29. November.

Im Kesselhaus auf Grube Leopold wollte die Direktion einen Kollegen von den Frauen wegnehmen. Die Belegschaft erklärte sich mit dem Kollegen solidarisch und die Direktion mußte die entsprechende Wahregelung wieder zurücknehmen. Auf der letzten Belegschaftsversammlung in Bitterfeld hat die Grube Leopold sich einen vorbereitenden Kampfausschuss gewählt. Seit heißt es, alle Vorbereitungen zum Streik gegen den Lohnabbau, gegen die Massenentlassungen mit größter Begeisterung fortzusetzen. Alle Kollegen hinein in die RGD!

Der Erfolg der Kollegen vom Kesselhaus der Grube „Leopold“ zeigt der Gesamtbelegschaft, daß der Unternehmer zurückweichen muß, wenn die Belegschaft nur zu kämpfen gewillt ist.

Brauntholen-Proleten, jetzt heißt es: Streik!

(Nach Schluß der Redaktion eingegangen.)

(Eig. Ber.) Halle, 29. November.

Die Parteiverhandlungen über die Arbeitsverhältnisse im mitteldeutschen Kohlenbergbau, die am Freitag hinfanden, sind gescheitert. Das Mehrheitsabkommen war von Arbeitnehmern nicht genehmigt worden, um Weg für Arbeitslose zu schaffen. Von Unternehmerseite wurde die Forderung aber abgelehnt mit der Begründung, daß der Brauntholenbergbau eine weitere Belastung nicht ertragen könne. Auch über die gegenseitigen Beiträge zum Montanlohn konnte man keine Einigung erzielen.

85 1/2 Monate Gefängnis gegen die Zahna-Arbeiter

(Eig. Draht.) Wittenberg, 23. November.

In dem Prozeß gegen die von der SPD-Polizei Überfallenen und mißhandelten Arbeiter von Zahna wurde folgendes Terrorurteil gefällt:

- Simmermann, 7 Monate Gefängnis, 20 Tage Unterfahungshaft werden angedroht. Die Anklage auf Mordversuch wurde fallen gelassen. Zimmermann bleibt in Haft.
- Helle, 9 Monate Gefängnis, 4 Wochen Unterfahungshaft werden angedroht. Als Mordversuch bestrift. Haft ist aufgehoben.
- Udermann, 6 Monate, 2 Wochen, 1 Tag Gefängnis, 4 Wochen Unterfahungshaft werden angedroht. Bleibt in Haft.
- Kirch, 8 Monate Gefängnis, 4 Wochen Unterfahungshaft werden angedroht. Bleibt in Haft.
- Geißel, 7 Monate Gefängnis 27 Tage Unterfahungshaft werden angedroht. Bleibt in Haft.
- Piedtke, 6 Monate Gefängnis, 21 Tage Unterfahungshaft werden angedroht. Bleibt in Haft.
- Nieschmidt, 6 Monate Gefängnis.
- Gand, 7 Monate Gefängnis.
- Wasson Koplin, 8 Monate Gefängnis.
- Hugo Koplin, 2 Monate Gefängnis.
- Grappe, 7 Monate Gefängnis.
- Strube, 6 Monate Gefängnis.
- Stahnig, 6 Monate, 1 Tag Gefängnis.

Für Hugo Koplin wird die Strafe drei Jahre ausgesetzt. Alle anderen haben auf die letzten vier Monate Bewährungsfrist von drei Jahren.

Der Prozeß hat den Nemets erbracht für den unerhörten Terror, der von der sozialdemokratischen Polizei im Auftrag der Unternehmung zur Niederschlagung des Zahna-Streits angewandt wurde. Nichts anderes als eine Fortsetzung dieses Terrors ist das Urteil, das gefahren in Wittenberg gefällt worden ist.

In Zahna war es nicht der Polizeigericht, der letzten Endes die Niederlage der Arbeiter herbeiführte, sondern der elende sozialistische Verrat. Alle Arbeiter müssen aus dem Zahna-Streit, aus dem Prozeß, der ihm jetzt folgt, die Lehre ziehen: Minderer Kraft muß der Kampf gegen die Sozialfaschisten geführt werden, man er durch die reformistischen Gewerkschaftsführer, man er durch die sozialfaschistischen Parteipräsidenten, Kandidaten und Regierungspräsidenten verläßt. Deshalb Organisierung der Masse der Arbeiter in jedem Betrieb, an jeder Stempeltische, in der SPD! Deshalb Organisierung der Arbeiter im Kampfband gegen den Faschismus! Hinein in die kommunistische Partei! Kampf in breiterer Front gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung bis zu ihrem Sturz! Das ist die Antwort auch auf das Terrorurteil gegen die Zahna-Arbeiter.

2 Monate Betriebskündigung bei Lang, Mannheim

Die Firma Heinrich Lang & Co. in Mannheim teilt mit, daß sie für die Monate Dezember und Januar ihren Betrieb vollständig stilllegen wird. Von der Beschäftigten von etwa 2000 Arbeitern werden nur etwa 700 Mann bei Umstellungsarbeiten kurzzeitig weiter beschäftigt werden. Die 600 Angehörigen sollen weiter beschäftigt werden, aber es wird bei ihnen sofort ein Gehaltsabzug von 15 bis 20 Prozent vorgenommen. Außerdem wird Lang, Mannheim, auch eine Kürzung der Arbeiterlöhne durchzuführen beabsichtigen.

Die Selbstkontrolle der Parteiarbeit

Entwicklung der Parteiarbeit im Arbeitsgebiet Elberwerda

Die Parteiarbeitsergebnisse des Arbeitsgebietes Elberwerda, die am 2. November tagte, nahm Sichtung zu ihrer geleisteten Arbeit und nächsten Aufgaben.

Die jüngeren Helfer in den letzten Monaten auf dem Gebiete der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, erzeugt durch den reformistisch-opportunistischen Standpunkt verschiedener Genossen, die wohl das Parteibuch der SPD im Besitz haben, aber nicht die Forderungen der Partei und der Beschäftigten nicht zum Ausdruck bringen. Der Erfolgswille wurde für die Lohn abgebaut. Der Auseinanderbildung über die genannten Helfer entgegen ist durch Austritt aus der Partei Krause, Wülfert, Raube und Lehmann.

Einen neuen Beweis der Parteiselbstkontrolle leisteten die Genossen Krause, Wülfert und Lehmann bei den Ortsvereinsversammlungen des DVB, die sie leiteten nicht die Fraktionsführung der Metallarbeiter und kanibulierten gegen die Vorkämpfer der Fraktionsleitung der SPD. Unter Preisgabe der Politik der Partei wurden sie wiederum in die Verwaltung des Verbandes gewählt.

Die UBB hat die Genannten zu heute geladen, sie sollen Arbeit und Antwort geben, ob sie nachher gemäß den Forderungen der Partei und der SPD zur Durchführung zu bringen. Nichterfüllung bedeutet, daß sie nicht gemäß sind, die Beschäftigten durchzuführen, und wird den Ausschluß zur Folge haben. Ergriffen sind Brundisch, Götterich und Adler.

Die Aufgabe der Verberterung der Parteibasis muß im Mittelpunkt der Parteiarbeit stehen, ebenfalls die Fernabschaltung der SPD und Parteiführer in den Betrieben. Der abschließende Wettbewerb mit dem UBB Weiskensfeld und das antifaunistische Aufgebot der Partei und Jugend muß denn je in Angriff genommen werden. Der Kurs auf Schaffung einer Massen, in den Massen verankerten SPD, bedingt, daß eine gute Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit geleistet wird, unter Leitung der Partei von den reformistisch-opportunistischen eingestellten Parteiführern. Die Kontrolle der Ortsgruppen bei der zu leistenden Arbeit muß wesentlich sein.

Mit aller Kraft muß der Kampfband gegen Faschismus in allen großen Orten sofort gebildet werden. Der Aufbau der SPD auf dem Arbeitsamt Elberwerda muß weiter gefördert werden.

Die Frauen- und Jugendarbeit darf in Zukunft nicht, wie bisher, vernachlässigt werden. Ebenso ist die Arbeit unter den Landarbeitern zu berücksichtigen, ist noch notwendig. Die Schulungsarbeit, die die UBB fordert, ist nicht durchgeführt im Arbeitsgebiet. Die Arbeitsstellenleitung wird beschränkt, einen Kursus zur Schulung der Funktionäre und Mitglieder durchzuführen.

Die Industriepartei erzieht

Jetzt nicht, Beschleunigung des sozialistischen Aufbaus

(Eig. Draht.) Moskau, 23. November.

Bei der gestrigen Bernehmung Kupprianows erregte sich ein sensationeller Zwischenfall. Der Angeklagte Kupprianow erklärte:

„Auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Industriepartei wurde ich, daß Kupprianow, ein führendes Mitglied des Zentrums (Gesundheits- und Industrie-Komitee Paris) mitteilte, die Verbindung mit dem Zentrums wurde durch eine offizielle französische Persönlichkeit hergestellt, die sich in Moskau befindet.“

Der Vorsitzende Wladimir unterbrach den Angeklagten: „Sie haben wiederholt offizielle Institutionen ausländischer Staaten erwähnt, die sich in Moskau befinden. Ich wage Sie darauf aufmerksam, daß Sie das unterlassen müßten, da solche Fragen nur in der geschlossenen Sitzung besprochen werden sollen.“ Dieser Zwischenfall rief große Erregung hervor.

Die erste Phase im großen Moskauer Prozeß gegen die Schöpfungsgeschichte, die konterrevolutionäre Industriepartei, ist mit

SPD verhindert Bewilligung einer Winterbeihilfe

(Eig. Draht.) Berlin, 23. November.

Die Freitagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages brachte die Entscheidung über den

Kommunistischen Antrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe für Erwerbslose, Sozialrentner sowie alle Fürsorgebedürftigen.

Für die Sozialdemokratie erklärte die Abgeordnete Schröder, daß sie sich gegen solche Anträge wende. Sie lehne aus „grundrührlicher“ (1) Einstellung einmalige Beihilfen zur Bewehrung der Not ab. Als die Nazis durch die Haltung der SPD, Gewissheit hatten, daß der Antrag abgelehnt würde, erklärten sie freudig, daß sie selbstverständlich für den Antrag der Kommunisten stimmen würden. Sie müht sich sagen lassen, daß ihre Einstellung nur demagogischen Erwägungen entspringt.

Denn in Brandenburg und in Thüringen, wo sie verantwortlich in der Regierung sitzen, haben die Nazis die Gewährung einer Winterbeihilfe verhindert.

Für die Regierung erklärte Dietrich, daß nach dem kommunistischen Antrag 11 1/2 Millionen Menschen unterstützt werden müßten und die Gesamtsomme 254 Millionen Mark erfordere. Der Sprecher der Kommunisten erwiderte ihm, daß dies für eine Regierung, die Hunderte von Millionen für Panzertruppen und Großartillerie hat, keine Begründung gegen den Antrag ist. Umgekehrt, die Arbeiter sehen daraus, welche Riesensummen in ihrem Haushalt fehlen, um auch nur eine kleine Anzahl von Erträgen zu zahlen. Das christliche Zentrum erklärte selbstverständlich von vornherein, daß es dagegen stimmen würde. Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag mit 12 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Da die SPD, aber nun die Verträge, wäre der Antrag angenommen worden, wenn sie dafür gestimmt hätten.

dem Verbleib der Angeklagten und den Gefährnissen, die sie mit sich bringen, beendet. Mannnigfaches Sabotage der Wirtschaft bis zu den letzten Zubereitungsarbeiten wurde aufgeführt. Die Industriepartei ist erzieht. Jeder Massenbewegter Arbeiter wird die hohe Gefahr haben, die Zentrale der Verberder ist gefahr, daß die sozialistische Aufbau noch ganz anders sein werden.

Über bei aller Genugtuung über den Erfolg der Aushebung der Schöpfungszentren darf kein Arbeiter vergessen, daß das noch nicht alles ist, daß die Hauptzentrale noch unangewandte Weiskensfeld, ihre Arbeit fortsetzt und mit allen legalen und illegalen Mitteln den Zentrumskrieg gegen die Kommunisten vorbereitet. Diese Zentrale kann die Sowjetmacht nicht ausheben. Sie hat ihren Sitz nicht im Bereich der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, sie befindet sich im Ausland. In Berlin, in den Kabinettensalons und Büros, und von den verschiedenen Generalkommissaren wurden die Pläne geschmiedet, die von der Kamlin durchgeführt werden. Dort wurde auch der Internationals termin für 1930 festgelegt. Dort sollten die Minister aus allen Staaten ihre Direktiven, dort waren Generale Frankreichs, Schwedens usw., um die Manöver gegen die Sowjetunion zu besprechen.

Diese Zentrale hat ihren Sitz, wie überall dort, wo die Kapitalisten im Besitz der Macht sind, auch in Berlin. Wir helfen den russischen Arbeitern, die Gegenrevolution zu verhindern, indem wir mit aller Macht gegen die deutsche Ausbeuterklasse kämpfen.

Massenuntergebung in Weiskensfeld

gegen die Sabotage des sozialistischen Aufbaus

(Eig. Draht.) Weiskensfeld, 23. November.

Nachdem schon am Donnerstag in einer überfüllten Versammlung der UBB, die Genossen Lea Gumbertmann (Berlin) über den Sabotageprozeß gesprochen hatte, kann gestern eine ebenfalls gut besetzte, von der SPD einberufene Versammlung statt, in welcher der Genosse Böhne referierte. In dieser Versammlung wurden 25 Aufnahmen für die SPD gemacht und die nachstehende Beschlüsse einstimmig angenommen:

„Die verarmten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen mit höchster Entrüstung Kenntnis von den konterrevolutionären Handlungen der begünstigten Agenten des internationalen Kapitals in der Sowjetunion. Die Weiskensfelder Arbeiterfront verlangt die sofortige Entziehung dieser Verbindungen des Imperialismus. Sie erklärt, daß sie ein solches Verhalten nicht dulden wird. Die russischen Arbeiter und Bauern zu unterstützen durch die Herstellung von Sowjetunion, Führung der SPD, und der kommunistischen Partei. Der Kampf gegen Faschismus und Kapitalisatutur in Deutschland ist die beste Unterstützung für unsere russischen Genossen.“

... und in Wolmed

Entschlossen:

„Die in Wolmed im Lokal Räum verammelten Arbeiterinnen und Arbeiter nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der lastigen Sabotageaktion der Konterrevolution, die unter dem Deckmantel „Industriepartei“ im Auftrag der imperialistischen Regierungen der kapitalistischen Länder den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion verhindern und den Zentrumskrieg gegen die imperialistischen Arbeiter gegen die Arbeiter des Reiches vorbereiten wollen. Die Verammelten begrüßen das scharfe Verbot der russischen Arbeiter und Bauern gegen die konterrevolutionären Sabotage und fordern strengste Bestrafung durch das Revolutionsgericht.“

Massenaufmarsch in Annaburg

gegen die Diktaturverweigerung, für die gemäßigten Kommunisten, Funktionäre, für Winterbeihilfe

(Eig. Drahtbericht.) Annaburg, 23. November.

Gestern Abend fand in Annaburg eine Gemeindevertreterversammlung statt. Als Hauptagendepunkte standen die Anträge der SPD: Protest gegen die Amtsenthebung der beiden Beschäftigten ihrer Aufforderung zum Streik, Winterbeihilfe für die verarmten, Arbeitsbeschaffung, Übernahme der Rollen der Kranenliste usw. zur Debatte.

Die Gemeinderatsmitglieder haben vor der Gemeindevertretung eine gute Demonstration vor dem Rathaus durchgeführt. Die gesamte Gemeinderatsmitglieder der Umgebung sowie Lehrkräfte aus Wittenberg besetzten das Rathaus und die Straßen. Dem nichtgültigen Verhalten der Arbeiter ist es auszuweichen, daß es nicht zu Zusammenstößen kam. Alle diese Entschlossenheit von den Bürgerlichen einschließliche SPD abgelehnt.

Massenaustritte aus der SPD

In Berlin bereits 50 dem AZD, beigetreten

(Eig. Draht.) Berlin, 23. November.

In Berlin sind in den letzten Tagen etwa 800 Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend ausgetreten. Davon haben bereits über 50 ihren Beitritt zum Kommunistischen Jugendverband erklärt.

SPD-Sieg auf Zehn „Ehweiler Arbeiter“

Die am 28. November auf Zehn „Ehweiler Arbeiter“ stattgefundenen Parteivertragswahl hat einen übermäßig großen Sieg der SPD gebracht. Bei einer Gesamtzahl von 275 Wählern und einer Wahlbeteiligung von 88 Prozent das Ergebnis folgendes:

- SPD: 875 (im März 1930 371)
- SPD: 241 (im Vorjahr 1252)
- Christen 311 (im Vorjahr 477)

Die Bergarbeiter der Zehn „Ehweiler Arbeiter“ haben mit einer landesdemokratischen und sozialistischen Betriebsrat, die vollständig die Politik der Kräftigungspolitik unterstützen, gewählt. Das Resultat dieser Wahl ist ein guter Ausgangspunkt für den gemeinsamen allgemeinen Betriebsrat.

Herr Polizeipräsident mahnt:

Leuna-Broleten, hinein in die NSD!

„große Metallarbeiter“ Krüger schickt uns eine verächtliche „Berichtigung“ — Berichtigungen aber nichts — Tatsachen bleiben Tatsachen — Deshalb: Beschleunigte Klassenmobilisierung

Herr Krüger hat uns einen Schreibbrief geschickt, der folgendermaßen lautet: Polizeipräsident in Weißenfels, 25. November 1930.

Berichtigung Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten. Der sozialistische Polizeipräsident Krüger hat die Tatsachen nicht entsprechend. Unter Hinweis auf den Reichspräsidenten erübrigt sich ein nachfolgendes förmliches Schreiben des Artikels: „Am Sonnabendmittag wurde das große Leuna-Werk, das in der Leunaer Schupferwerke faktoriert ist, von einer großen Zahl von Leunaer Arbeitern besetzt. Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonnabendmittag wurde das große Leuna-Werk, das in der Leunaer Schupferwerke faktoriert ist, von einer großen Zahl von Leunaer Arbeitern besetzt.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

„Der polizeiliche Sicherheitsdienst in Leuna wird seit Wochen in ununterbrochener Form, lediglich durch Einzelfreien, aus dem ein einziger Beamter hat im Sicherheitsdienst mit dem Namen Dienst getan, da hierzu ein Anlaß überhaupt nicht gegeben war.“

„Am Sonntag, dem 24. November 1930 (Kommunistischer Tag) für den Bezirk Halle-Weißenfels, habe ich einen Brief erhalten.“

Herr Krüger, Sie schrieben gegenüber unserer Feststellung, daß Schupferwerke legar das Werk betreiben, allerdings ohne Karabiner, nur mit Pistole und Gummistöpsel besetzt. Wirklich, Herr Präsident, Sie hätten lieber sagen, um diese Ihre Berichtigung nicht zu fenden. Das Sie es tun und daß Sie der kapitalistischen Presse Berichtigungen zuschicken, beweist wie richtig wir Ihre Aktion einschätzen. Schreiben Sie sich noch Ihre Bemerkungen über die ruhige und belohnende Leuna-Arbeiterkraft. Die Leuna-Broleten wissen längst, woran sie sind. Das beweisen die stattfindenden Besetzungsbewegungen. Wir erinnern: In Weißenfels erlitten Ihre Leuten die getreuen Arbeiter der Leuna-Werksleitung, eine gehörige Abfuhr in der Disziplin.

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

„Am Dienstag, dem 2. Dezember, 20 Uhr, findet im Saale der Produktiv eine wichtige Versammlung statt. Alle oppositionellen Handwerker werden aufgefordert, an dieser Versammlung teilzunehmen.“

Leuna wirkt sich weiter aus:

Reformistische Bonzen bliken überall ab

Naumburger Transportarbeiter sprechen den Reformisten das schärfste Mißtrauen und der NSD das volle Vertrauen aus — Die Kollegen fordern: An die Wand mit den Industriekapitalisten!

„Am Dienstag fand in der „Volke“ in Naumburg eine öffentliche Versammlung des Gesamtverbandes statt. Es sollte Stellung genommen werden zum Inhalt des Tarifvertrages. Als Referent erschien der reformistische Gewerkschaftssekretär Albert aus Erfurt. Er begann sein Referat mit den Worten: „Kollegen, es hat seinen Zweck, heute viel zu sprechen, denn uns sind die Forderungen der Unternehmer noch nicht bekannt, wir wissen noch nicht, wieviel Lohn sie abbauen wollen. Dann qualifizierte er noch etwas von Wirtschaftspolitik und schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, eine Disziplin sei wohl nicht notwendig, da doch alles noch in der Schwelge liege.“

Selbstverständlich hatten sich die Anwesenden eines anderen Bedacht. Mit Recht betonte ein organisierter Kollege: „Wenn uns Albert nicht mehr zu sagen hätte, konnte er uns doch seine Ausführungen auf einer Postkarte schicken, die 8 Pf. kostet, dann hätten wir uns das Jahrgeld sowie die Speise erspart.“

Nach einer längeren Geschäftsbesprechungsperiode ergriff der Genosse Walter das Wort. W. brandmarkte erst aus schärfste das Verhalten der Bürokratie des Gesamtverbandes. Wenn Albert erkläre, es sei nicht mehr zu sagen, da die Forderungen der Unternehmer über den gemittelten Lohnbau noch nicht eingeleitet sind, so zeigt das nur das erbärmliche Verhalten der Reformbürokratie, die also nicht daran denkt, Forderungen auf Vorkörperungen zu stellen. Seit wann ist es denn Aufgabe der Gewerkschaften, Lohnbauauforderungen abzumachen, dort Lohnforderungen zu stellen? Niemals beweist sich die Unfähigkeit und der Betrug der „Bourgeois“ Vertreter der Arbeiterkraft mehr als in diesem Lohnkampf!

„Metallblod“!

Der neue „Metallblod“ ist erschienen! Aber die alte Nummer noch nicht abgerechnet hat, bekommt die neue Nummer nicht! Darum umgehend abrechnen!

In Verlesung wurden Ihre Schupferarbeiten, die der Betriebsratsvorsitzende Walter geholt hatte, von der empörten Belegschaft hinangeworfen.

Uebrigens hat Herr Walter den Beamten vor Beginn der Versammlung noch jedem ein Glas Bier spendiert. Das nur nebenbei! Diebstahl auch hier eine Berichtigung gefällig, Herr Krüger?

In Halle liegen die „Bonzen“ Leuna-Arbeiter seinen Bonzen gegenüber!

In Dürrenberg hatten Ihre Reformisten die Besammlung kämpftisch zusammengehoben, die Opposition legte sich frogend durch.

In Leuna, im „Belieren Bild“, ließ man noch nicht einmal die Leunaer in die SPD-Mitglieder den Antrag ein, Leunaer Forderungen nur als Fortsetzung entgegenzunehmen! In der SPD-Führung Leuna stürzte man den einfachen roten Betriebsrat Weismann, der anwesend war und sprechen wollte.

In Wambdorf haben Ihre Freunde aus Angst vor der Misrechnung die Versammlung überhaupt abgelaufen! (1)

Wollen Sie nun noch reden von der „Bekommenen“ Arbeiterkraft, die so quasi noch treu und brav zur SPD steht? Das glauben Sie wohl selber nicht. Berichtigungen Sie wollen Sie wollen, wir zeigen die Lehren aus Ihrer Polizeistatistik und dem Verhalten Ihrer Freunde Leuniger, Walter und Albert. Wieviel wartet Ihr einseitig auf Erhaltung des Profits der Geldherrscher und auf die Durchführung des Hungerprogramms des schwarzen Kanzlers Brüning? Ihr wartet es, Ihr bleibt es solange, bis die Arbeiterkraft über Euch hinweggeht.

Die Lehren haben wir aus Eurer Aktion zu ziehen: Stärken Ausbau der Betriebsgruppen der NSD, und der Betriebszellen der Partei! Bessere, gründlichere Klassenmobilisierung zum Kampf! In diesem Sinne: Rot Front! Herr Präsident!

Kollege Walter ging dann auf die Ursachen der Wirtschaftskrise ein, behandelte die Lohnbauauforderungen der Unternehmer, den steigenden Kampfeswillen der Arbeiter und den härteren Verrat der Reformisten, der besonders beim Abwürgen des Berliner Metallarbeiterkampfes und neuerdings in Leuna zum Ausdruck kam, was gegen die Arbeiterkraft auf dem Hintergrund der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten die schärfsten Waffen eingesetzt wurden, damit die kapitalistische Ausbeutung nicht gestört werde. Zum Schluß zeigte Genosse Walter den Weg auf, den die Arbeiterkraft einschlagen habe. Er forderte die Arbeiter auf, sich der NSD anzuschließen.

Der nicht endenwähliche Verrat, den die Anwesenden den Ausführungen des Genossen W. zollten, zeigte deutlich, daß die reformistischen Verräter bei den organisierten wie unorganisierten Transportarbeitern abgerückt haben.

In der Disziplin brandmarkten noch einige Kollegen den Verrat und das schändliche Verhalten der Bürokratie. Inzwischen war eine Entschliebung eingetreten worden, die den Reformisten das schärfste Mißtrauen und der NSD das volle Vertrauen auspricht. Die Entschliebung wurde einstimmig angenommen!

Der Reformist Albert, der sich einleitend, wie oben schon erwähnt, dann das Schlußwort. Dabei sprach er folgenden Witz: „Ich bin 26 Jahre Sozialdemokrat, Demokrat, Demokrat schließlich, mit 18 ist es egal, was für eine Demokratie herrscht, ob proletarisch oder bürgerlich, ich bin eben Demokrat.“ Schließlich enthielt er sich noch, doch er doch dem Kapitalismus schuldig sei, die Sozialisten herabzuwürdigen, alle Leute er sich warm für die Industriekapitalisten ein. Darauf trat er lang und langsam ab.

Der Genosse Walter, der doch eigentlich das Referat gehalten hatte, hielt das wirkliche Schlußwort. Es war ihm natürlich spielend leicht, die Qualitäten des Reformismus als Qualschäbel, Dünge, Dummbrot und Verrat zu entlarven.

Als Genosse Walter erkläre, „die Arbeiterkraft begrüßt es, daß die Reformisten in der Sozialistischen Partei in die Wand mit dem Kapitalismus zerbrechen. Immer und immer wieder rufen die Anwesenden im Sprecher: „An die Wand mit dem Gestand! Es lebe die Diktatur des Proletariats, es lebe die Comintern, es lebe ein Sowjet-Deutschland.“

Mit der Aufforderung, den Kampf der Transportarbeiter zu organisieren und die Geldherrscher der Kollegen selbst unter Führung der NSD zu bekämpfen, wurde die Versammlung geschlossen. Die Verhandlungen unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden, nachdem noch bekanntgegeben wurde, daß 15 Kollegen für die NSD gewonnen wurden, wurde die Versammlung unter dem Gelänge der Internationale geschlossen. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und somit für die Transport- und Gemeinbediensteter, Recht, wo Kollegen! Nur wenn Ihr selbst unter Führung der NSD, den Lohnkampf führt, werdet Ihr siegen.

Wenn die Bonzen wirklich einmal „fliegen“, werden sie ein Fähden an

„Am Sonntag, dem 23. November, war die fällige Generalversammlung des RWB der Zählstelle Gröbers angesetzt. Obwohl der RWB nicht mehr als 10 Mitglieder anwesend waren, wurde die Versammlung unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden, nachdem noch bekanntgegeben wurde, daß 15 Kollegen für die NSD gewonnen wurden, wurde die Versammlung unter dem Gelänge der Internationale geschlossen. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und somit für die Transport- und Gemeinbediensteter, Recht, wo Kollegen! Nur wenn Ihr selbst unter Führung der NSD, den Lohnkampf führt, werdet Ihr siegen.“

„Am Sonntag, dem 23. November, war die fällige Generalversammlung des RWB der Zählstelle Gröbers angesetzt. Obwohl der RWB nicht mehr als 10 Mitglieder anwesend waren, wurde die Versammlung unter allgemeiner Zustimmung der Anwesenden, nachdem noch bekanntgegeben wurde, daß 15 Kollegen für die NSD gewonnen wurden, wurde die Versammlung unter dem Gelänge der Internationale geschlossen. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und somit für die Transport- und Gemeinbediensteter, Recht, wo Kollegen! Nur wenn Ihr selbst unter Führung der NSD, den Lohnkampf führt, werdet Ihr siegen.“

Immenschreiende Zustände auf Grube „Klara“

Die Kumpels sollen Schuld am Unglück sein, weil sie ein NSD-Flugblatt lesen ...

Wir brachten vorige Woche einen kurzen Bericht über die Zustände auf der Grube „Klara“. Am darauffolgenden Tag des Unfalls ging die Verlesung dazu über, die des Unfallschuldigen den Bergarbeitern selbst zuzuschreiben, um sie mit der Wahrung, daß die Kumpels mit dem Unglück nicht bestraft werden können, sondern daß die Verantwortlichen über das Haupt der Opposition, über das Haupt der Arbeiter sind, die Kündigung des Tarifes durch die Bergarbeiter unterhalten hätten!

„Ist es nun in Wirklichkeit auf der Grube Klara aus? Die Verlesung selbst selbst verantwortlich am dem Unglücklichen ist ertragen hatte, indem sie das Gebirge immer weiter die Broleten zu noch höheren Leistungen antrieb? Wir sind nun daran, daß der höhere Betriebsleiter, als er noch vor dem Unglück war, ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte er noch hoch halten sollte, was nach § 134 Abs. 2 der Reichsbergbauordnung verboten ist. Das ertrug sich nicht erst vor mehreren Wochen in dem Arbeitslohd des Bergbau, wo ebenfalls ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte, um da nach Material herauszuholen, was er nicht hätte ausführen dürfen.“

„Ist es nun in Wirklichkeit auf der Grube Klara aus? Die Verlesung selbst selbst verantwortlich am dem Unglücklichen ist ertragen hatte, indem sie das Gebirge immer weiter die Broleten zu noch höheren Leistungen antrieb? Wir sind nun daran, daß der höhere Betriebsleiter, als er noch vor dem Unglück war, ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte er noch hoch halten sollte, was nach § 134 Abs. 2 der Reichsbergbauordnung verboten ist. Das ertrug sich nicht erst vor mehreren Wochen in dem Arbeitslohd des Bergbau, wo ebenfalls ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte, um da nach Material herauszuholen, was er nicht hätte ausführen dürfen.“

„Ist es nun in Wirklichkeit auf der Grube Klara aus? Die Verlesung selbst selbst verantwortlich am dem Unglücklichen ist ertragen hatte, indem sie das Gebirge immer weiter die Broleten zu noch höheren Leistungen antrieb? Wir sind nun daran, daß der höhere Betriebsleiter, als er noch vor dem Unglück war, ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte er noch hoch halten sollte, was nach § 134 Abs. 2 der Reichsbergbauordnung verboten ist. Das ertrug sich nicht erst vor mehreren Wochen in dem Arbeitslohd des Bergbau, wo ebenfalls ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte, um da nach Material herauszuholen, was er nicht hätte ausführen dürfen.“

„Ist es nun in Wirklichkeit auf der Grube Klara aus? Die Verlesung selbst selbst verantwortlich am dem Unglücklichen ist ertragen hatte, indem sie das Gebirge immer weiter die Broleten zu noch höheren Leistungen antrieb? Wir sind nun daran, daß der höhere Betriebsleiter, als er noch vor dem Unglück war, ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte er noch hoch halten sollte, was nach § 134 Abs. 2 der Reichsbergbauordnung verboten ist. Das ertrug sich nicht erst vor mehreren Wochen in dem Arbeitslohd des Bergbau, wo ebenfalls ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte, um da nach Material herauszuholen, was er nicht hätte ausführen dürfen.“

„Ist es nun in Wirklichkeit auf der Grube Klara aus? Die Verlesung selbst selbst verantwortlich am dem Unglücklichen ist ertragen hatte, indem sie das Gebirge immer weiter die Broleten zu noch höheren Leistungen antrieb? Wir sind nun daran, daß der höhere Betriebsleiter, als er noch vor dem Unglück war, ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte er noch hoch halten sollte, was nach § 134 Abs. 2 der Reichsbergbauordnung verboten ist. Das ertrug sich nicht erst vor mehreren Wochen in dem Arbeitslohd des Bergbau, wo ebenfalls ein Arbeiter in einen geschlagenen Zustand versetzte, um da nach Material herauszuholen, was er nicht hätte ausführen dürfen.“

Praktisch ist es aber auf der Grube nicht möglich, überhaupt einen Bericht zu schreiben, weil, wenn man auf der letzten Ebene in den Schacht eintritt, es wiederum unmöglich ist, während der Schicht nach dem Uten oder Südwelten zu kommen. Die Fahrstrecke vom Jahrgangsbau nach Klara I ist dort während der Schichtzeit nicht politierbar, denn dort läuft das Wasser, das vom Südweltensfreis kommt und nach Klara I mit, entlang. Die Fahrstrecke selbst befindet sich in einem Zustande, daß man auf den Bohlen derselben während der Schichtzeit nicht laufen kann, denn dort sind die Stege, worauf die Bohlen lasten, auf an den Türhaken nicht mehr befestigt, so daß die Bohlen schwimmen. Soll also ein Scholler oder ein Arbeiter die Fahrstrecke benutzen, so muß er es sich gefallen lassen, daß das Wasser, wenn er schon noch ganze Stiefel besitzt, in die Stiefel nur oben hereinflutet!

Durch diese Zustände sind die Arbeiter also gezwungen, die Fahrstrecke zu benutzen und in den Reitenbahnen entlang nach ihren Arbeitsorten zu gehen. Die Verlesung, die schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurde, erklärt, daß bei Schichtwechsel in der Zeit Wasser vorhanden sei, weil das Wasser von Schichtende einfließt wird. Sie ist es Aufgabe des Überbergamtes, einmal reinen Tisch zu machen und vor allen Dingen aber Aufgabe der Arbeiter selbst, vorzugehen und von der Verlesung zu verlangen, daß dieselbe in der Grube selbst dafür sorgt, daß dort solche Zustände geschaffen werden, die das Leben der Arbeiter nicht mehr gefährden.

Dieses ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter innerhalb des Betriebes fest zusammenhalten und nicht zurückweichen vor Schläge von einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern. Nicht unter Führung der Gewerkschaftsbonzen werden wir die Befreiung der Mißstände und des Mehrarbeitsaufkommens bei vollem Lohnausgleich erreichen, sondern indem alle Bergarbeiter sich entschließen der NSD, angeschlossen unter Führung der NSD, den Kampf aufzunehmen für den Tarifentwurf, wie ihn die drei Konferenzen der Opposition vorgezeichnet haben.

Wir fordern deshalb alle Bergarbeiter auf, am Sonntagvormittag 10 Uhr zur Versammlung zu erscheinen, wo Stellung genommen werden soll zum Mehrarbeitsaufkommen und zur Klärung des Tarifentwurfes durch die Unternehmer, vor allen Dingen aber zur Stellungnahme der Gewerkschaftsbonzen selbst.

Reaktion „Klassenkampf“

Nachfeldzug der Klassenjustiz gegen die Streitenden in Zahna

Die angeklagten Arbeiter als Anflüger - Polizeimittel Strauß gibt unter Eid zu: „Wir wollten in gar kein Blut vermeiden“

Ueber 85 Monate Gefängnis im Racheprozess gegen die Kämpfer von Zahna - Mit „Kampfbereit“ begütelt

Im Racheprozess gegen die Kämpfer von Zahna am 2. und 3. Dezember. Von diesem schändlichen Akt der Verurteilung in Wittenberg. — Das Amtsgericht, das die Angeklagten in Zahna, Landjäger und Arbeiter, einmütig verurteilt. Auch die Wittenberger Arbeiter, die sich politisiert. Trotz Verlagerungszustand werden die in Zahna demonstriert empfangen und

wurde eine Gesamtkraft von 85 Monaten, zwei Klassen zu teil werden insgesamt 13 Arbeiter betroffen. Auf Grund der ganzen Verhandlung ist nachgewiesen, daß dieser Prozess nichts anderes darstellt, als eine

nachträgliche Rache an Arbeitern, die nicht kampfbereit verurteilt werden wollten

mit einem „Kampfbereit“ begütelt. Die Angeklagten saßen in den „heiligen Hallen“ der Wittenberger Klassenjustiz.

Die Verteidigung sämtlicher Angeklagten lag in den Händen des von der Roten Hilfe beauftragten RA. Genossen Löwenthal (Berlin).

Keine Partei ist die KPD

Die KPD gerichtet haben sollen. Widerstand gegen Staatsgewalt, den Angriff auf Beamte und Verstoß gegen die Verordnungen der „Republik“ — so lautet die Anklage. Die Verhandlung bei den Prozeß gegen Klassenbewußte wurde schon gewünscht. Die KPD wird die Beweisführung, daß der Kampf der Jahner Streitenden 1. Kampfbereit, die KPD wiegt ebenfalls mehr als die Aussagen eines Zeugen. Auf Grund der Aussagen der Zeugen und

Die Feststellung der Personalkarte der Genossen Zimmermann, Seife, Adernann, Risch, Reitel, Tiedke, Fleckschmidt, Sander, Wilms Koplin, Hugo Koplin, Kruppe, Strauß und Stanig geht, daß fast alle zur großen Hungerarmee gehören

und bisher unbestraft sind. Sie bestreiten ganz entschieden die ihnen zur Last gelegten Straftaten, wobei sie allerdings nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie

als proletarische Klassenkämpfer ihre Pflicht getan haben.

Der Polizeiberfall auf die Streitenden in Zahna

Der Streik in Zahna nahm verstärkte Form an. Die Gewerkschaften planteten Verrat, wollten den heldenmütigen Kampf der Arbeiter abbrechen. Klassenbewußte Proleten der Umgegend wurden freigegeben. Auch die Erwerbslosen wurden freigegeben. Der Kampf der Jahner Streitenden 1. Kampfbereit, die KPD wiegt ebenfalls mehr als die Aussagen eines Zeugen. Auf Grund der Aussagen der Zeugen und

- Adernann 6 Monate 1 Woche Gefängnis.
- Risch 1 Jahr Gefängnis.
- Reitel 1 Jahr Gefängnis.
- Tiedke 8 Monate Gefängnis.
- Fleckschmidt 6 Monate Gefängnis.
- Sander 7 Monate Gefängnis.
- Wilms Koplin 8 Monate Gefängnis.
- Hugo Koplin 3 Monate Gefängnis.
- Kruppe 8 Monate Gefängnis.
- Strauß 6 Monate Gefängnis.
- Stanig 6 Monate 1 Woche Gefängnis.

Genosse Rechtsanwalt Löwenthal klagt an

und geht treffend die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen dem Streik der Jahner Arbeiter um Lohn und Brot und der schändlichen Polizeiverhaftung auf. Wenn Klassenbewußte Arbeiter Front machen gegen Lohnraub, gegen den Hungerkurs profitierender Unternehmer dabei die augenblickliche Waffe des Proletariats, den Streik, anwenden und diesen mit allen Mitteln durchführen, Streikbrecher in die Flucht hauen, dann legt die Diktaturproletarische Polizei ihre Hand in Bewegung und bringt die Streitenden hinter Gitter und Kegel. Die Verurteilung der Angeklagten erfolgt lediglich auf die fragwürdigen Aussagen von beteiligten Polizeibeamten, — das kennzeichnet die „Objektivität“ und den Charakter der Klassenjustiz ganz besonders. Die Beweisführung rechtfertigt die Anklage nur nach den Darstellungen der Zeugen. Diese Feststellung dürfte der Arbeiterklasse genügen. Die Arbeiterklasse löst sich in ihrem Kampfe gegen ihre Unterdrücker nicht beirren.

Nun erst reht: Sturmberet!

Wäge die Klassenjustiz Hunderte in die Kerker werfen — Tausende treten an deren Stelle! Und diese Tausende, die sich zur Millionentromm formieren, werden heute gegen die Wittenberger Schanzen, gegen die Verurteilung ihrer Klassenbrüder protestieren, sie werden morgen erneut, mit besseren Erfahrungen und geschärften Kräften, freisetzen und sie werden darüber hinaus die Kampffront erweitern und verbreitern mit dem Ziel der Ermächtigung von Sowjet-Deutschland.

Und dann — werden wir die Wüste sein! Dann tagt — wie gegenwärtig in Moskau — auch in Sowjet-Deutschland das Volkstribunal und richtet alle Klassenfeinde!

den streikenden Tag verlorste ein Auto aus Potsdam, aus dem einen Betrieb Steine abzuführen. Es ist verständlich, daß die Arbeiter diesen Versuch zu unterbinden versuchten. Schnell war der Streik in Zahna zum Unfallfeld geworden. Schnell war der Streik in Zahna zum Unfallfeld geworden. Schnell war der Streik in Zahna zum Unfallfeld geworden.

„Wir wollten in gar kein Blut vermeiden!“

20 fragwürdige Belastungen „Zeugen“

die Namen dieser Polizeioffiziere

Ueber 107 Monate Gefängnis beantragt

Die „Schmerzenskinder“ der Herren Bergholz, Loops und Peters:

Rebellion in der Rannburger SAJ.

Sozialdemokratische Jugend prangert die sozialfaschistischen Jungen an — Jetzt heißt es entschlossen und tonlos nach handeln. Die SAJ-Führung in Rannburg ist ein getreues Spiegelbild unterer politischen Parteien. Jede Partei hat ihren Schaufeligen, um ihre Gebankensänge an die Massen heranzubringen. U. a. hat auch die Sozialistische Arbeiterjugend einen solchen. Obwohl es gemächlich heißt: „Wie die Alten tunen, so tunen die Jungen“, scheint es um die SAJ zu gehen. Die SAJ in Rannburg SAJ, nicht so zu sein. Dängt da ganz quatschbernergt ein Gebicht im Rannburg, welches bestimmt nicht den Beifall der SAJ finden wird. Um die Situation in der SAJ zu beleuchten, bringen wir es nachfolgend.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew. Wir sind die Unteroffiziere, der Kollontajew.

Zur mitteldeutschen Arjo-Konferenz

Mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde am 18. Oktober der Diktatur-Regierung Einigung des Vertrauens im Reichstag gegeben. All die ungeliebten Bestimmungen über Parteiführung, Parteiführung, die Verschärfung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, das gesamte reaktionäre Brünning-Programm kann sich jetzt in leiner ungeliebten Brutalität gegen die Arbeiterklasse umgeben auswirken. Die SAJ und mit ihr die Arbeiter, „Wohlfahrt“, die vor dem 14. September mit großen Bräuten den Kampf gegen die reaktionären Brünning-Maßnahmen aufbringen, haben wieder einmal den von vorausgesetzten schändlichen Verrat vollzogen. Täglich werden neue Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen aus dem Produktionsprozess gestochen. Gerade in Deutschland, wo sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise durch den Young-Plan verschärfen, steigt das Elend der breiten werktätigen Massen von Tag zu Tag. Auf der einen Seite werden in allen Industrie- und in Massen gebildet Kräfte, Erwerbslose, Breche und Kinder, die die „soziale Demokratie“ nicht mehr über die Maschinen-gewalt und blutige Atombomben der Seering-Polizei.

Genossen! Vor uns liegen gewaltige Aufgaben, die gerade auf sozialpolitischen Gebiet mehr denn je die Anspannung aller Kräfte erfordern.

Die mitteldeutsche Arjo-Konferenz muß deshalb ein Anlaß sein zur verstärkten Aktivität und Mobilisierung aller Kräfte gegen die immer mehr machende soziale und politische Reaktion, gegen den schändlichen Verrat, für die soziale Befreiung der Arbeiter und Bauern, für die Diktatur des Proletariats, für ein Sowjet-Deutschland!

Mitteldeutsche Werkstätte, tut Eure Pflicht

im Kampfe gegen die imperialistischen Kriegstreiber und gegen den Faschismus. Denkt an das Moskauer Volksgericht und unterstützt den Kampf gegen die Schlinge des sozialistischen Aufbaues durch die Organisation des Kampfes gegen den Klassenfeind im eigenen Lande.

In Massen heraus zu den Versammlungen der KPD. Im Bezirk Halle-Merseburg

- Am Sonntag, dem 30. November:
- Internitz: 14 Uhr, im Gethse.
 - Sottendorf: 20 Uhr.
 - Die Braunkohlenkumpels rücken an!
 - Grübbers: 10 Uhr, Rannbach.
 - Pietleben: 10 Uhr, in der „Sonne“.
 - Bruders: 10 Uhr, im Gethse.
 - Wodwitz: 10 Uhr, im „Wolfsbau“.
 - Müdenberg: 14 Uhr, bei Dietrich.
 - Müdenberg: 10 Uhr bei Böring, Müdenberg.

Bernichtet die Verbrecher der Industriepartei

U. A. Zeitl. Die von der Urio einberufene öffentliche Versammlung in der 'Reichshalle' am Donnerstag, den 22. November, wurde von dem Vorsitzenden Urio, dem Redakteur der 'Reichshalle' Dr. Georg Schumann und dem Urio-Konferenzmitglied Dr. G. Schumann aufgenommen. Zur Urio-Konferenz am 20. November wurden zwei Delegierte gewählt. Der sofortige Erfolg der Versammlung war:

- 5 Maßnahmen für die SPD, 5 Maßnahmen für die KPD,
- 2 neue Kämpfer für den Kampf gegen Faschismus und 1 'Klassenkampf'-Delegierter. Nachfolgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Entschließung
Die heute in der 'Reichshalle' beim verfallenen Arbeiter und Arbeiterinnen stellen die Entgegennahme der Notizen der Genossen Schumann und Gumbertmann fest, daß die Sozialfaschisten in Deutschland immer härtere Formen gegenüber der Arbeiterschaft annehmen.

Die Weimarer-Delegation, die das Recht an der Arbeiterschaft herausreißt, findet treue und mildezügige Einsichtiger in den National- und Sozialfaschisten.

Sondering's Berufung zum Reichlichen Innenminister und seine Taten gegen die Arbeiterschaft zeigen von der Zulassung der Sozialfaschisten mit dem von der Arbeiterschaft zum Reichlichen Innenminister mit dem Reichlichen Innenminister durchgeführte, wie die Schmälerung der künftigen Unterstützung der Erwerbslosen, Kämpfer ohne Lohnausgleich ist heute auf der Tagesordnung. Überall lauten in den nächsten Wochen die Tarife der verschiedenen Industriezweigen ab. Die Gewerkschaftsbürokratie hat nichts zur Mobilisierung der Volksmasse zur Bekämpfung der Arbeiterschaft. Wir geloben deshalb, mit allen Kräften die Organisation der KPD voranzutreiben. Auf der anderen Seite gehen wir in der Kombination eine ununterbrochene Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Der sozialfaschistische Aufbau markiert und die Erwerbslosigkeit ist laubiert.

Insichthafte Erfolge unserer kommunistischen Brüder begreifen wir die letzten Wochen der letzten Reichstages der Industriepartei in der Kombination. Wir fordern die reifliche Berücksichtigung dieser Punkte, die durch ihre schändlichen Taten sich nicht nur gegen das Volk, sondern gegen das internationale Proletariat vergangen haben. Wir geloben, mit der kommunistischen Partei in allen kommenden schweren Kämpfen unsere ganze Kraft für die Befreiung aus der kapitalistischen Sklaverei einzusetzen. Wir geloben unseren treuen Brüdern Treue in ihrem Kampf. Im Geiste Lenins wollen wir nicht ruhen, bis auch wir ein Sowjet-Deutschland erreicht haben.

Kinder werden in 'Fürorge' gefehlt

U. A. Sohen müssen. Der neunjährige Sohn des Arbeiters Rote und der achtjährige Sohn der Witwe Stadt wurden von zwei Frauen bei der Jugendführerschaft angegriffen, eine Kette geistert zu haben. Das war im August 1932. Ein Jahr später, im September 1933, wurden die beiden Kinder ihrer Eltern nicht wegschickt und der kleine Otto Rote nach Luedlburg in ein Jugend-Erziehungsheim gebracht.

Deine Partei ist die KPD.

Seit und der kleine Otto nach Nordhausen in ein Erziehungsheim gebracht. Die Eltern erleben gegen diese Wegnahme ihrer Kinder Empörung. Erstens einmal ist die betreffende Tat, wegen der die Kinder fortgebracht worden sind, gar nicht von den Kindern beantragt worden.

Wir sind auch der Ansicht, daß wenn möglich die Kinder zurückgeholt werden müssen, die Ursachen in der Jugendführerschaft der Republik nicht dazu anliegen ist, eine "bessere Weimarer" zu erzielen.

Wir sind auch der Ansicht, daß wenn möglich die Kinder zurückgeholt werden müssen, die Ursachen in der Jugendführerschaft der Republik nicht dazu anliegen ist, eine "bessere Weimarer" zu erzielen.

Der Tarifvertrag der Bauarbeiter ist mangelhaft

U. A. Zwei Arbeiter klagen gegen die Firma Schmeigel, Weisenfels, auf Zahlung des Tariflohns. Die Arbeiter wurden bei der Abrucharbeiten in Rumbach beschäftigt und erhielten einen Stundenlohn von 80 Pfennig. Da der Tariflohn in Rumbach 90 Pfennig beträgt, klagten sie auf Differenz von 10 Pfennig pro Stunde. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts erklärte, daß ihm vom Hauptarbeitsamt Berlin die Auskunft erteilt ist, daß für Abrucharbeiter im Tarif keine Vereinbarung getroffen sei, und daß deshalb für diese Kategorie Arbeiter eine freie Vereinbarung besteht. Das Arbeitsgericht macht für die Auskunft des Hauptarbeitsamtes Berlin zu eigen und die Arbeiter werden mit ihrer Klage abgewiesen.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal, was die Arbeiterschaft von

Merseburg-Leuna-Querfurt

In Lügen hats eingeschlagen

Man schreibt uns: Emigration zu dem Artikel vom 24. 11. 30 dieses Blattes Nr. 270 betr.: Was geht in der Zehnstelle Lügen des Fabrikarbeitersverbandes vor?

Ich bin wieder zu sehr, noch liegt irgendein Grund vor, über die Sache zu schreiben, auch nicht und wenn er gleich Parteigenosse (gemeint ist SPD) wäre, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Angelegenheit geben, wenn alles vollständig aufgeklärt ist. Gegenüber eine Sache in die Welt hinausposaunen, die ich später nicht beantworten kann, wie es der Artikelreiber ebenfalls macht, ist nicht mein Fall. Zur Sache selbst möchte ich bemerken: Daß es tief bedauerlich ist, daß es immer wieder Menschen gibt, für die die Erklärungen der Arbeiter nicht zu sein, und, um sich die Lügen zu täuschen. Beweis in der Sache Nr. 24. 11. ('Klassenkampf') ist ein Fall, der wohl fast basileide darstellt. (Übertragung der Partei). Die Angelegenheit in allen ihren Einzelheiten in der Presse zu veröffentlichen, überlasse ich dem Artikelreiber, denn wenn er Mitglied des Fabrikarbeitersverbandes ist, dann wird er in der Vertretung genügend Aufklärung erhalten. Nichtmitglieder gegen über habe ich mich nicht verpflichtet. G. E. H. G. H.

Die Lügner Fabrikarbeiter werden antworten.

Daniels Wilhelm provoziert Erwerbslose

Es heißt Daniels Wilhelm keine Ruhe. Er will seinem großen Bruder, dem kleinen Reichstages-Gewerkschaft, in nicht nachsehen! Da die jetzt eine Veranstaltung vor, gegen die Erwerbslosen einzuschreiten, will man Grundsätze schaffen, um die von Severing angeführten "härteren Waffen" in Anwendung bringen zu können. So war es auch am Mittwoch, dem 28. November, in Merseburg, als Daniels Wilhelm Krügers Vorträge einleitete und die Erwerbslosen aus der Wärmehalle hinauswerfen ließ, nur weil dort die Erwerbs-

tarifverträgen zu halten hat. Immer werden solche Verträge so abgelehnt sein, daß die Unternehmer handhaben können, die Arbeiter in irgendeiner Form noch besonders auszuscheiden.

Unterstützungszahlung an Rentner

Wesentliche. Montag, den 1. Dezember 1930, an Rentner. Dienstag, den 2. Dezember 1930, an Sozialrentner, an beiden Tagen von 9 bis 11 Uhr.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß unterstützte Rentner (Kriegsrentner, Invaliden, Renten für Gefallene usw.) und Erwerbslosen werden und sonstige Einnahmen der Rentner für sich, immer mitzutellen haben. Hierzu gehören auch die Ehefrauen, die mitunterstützt werden. Todesfälle in der Familie sind sofort zu melden.

Tagewerben, Reichsarbeitsverben und Vosenfor!

Der Elementararbeits findet erstmalig am Sonnabend, dem 29. November, abends 8 Uhr in Tagewerben 'Eichbaum' statt. Alle Parteigenossen, Klassenkämpfer und Sympathisierende können daran teilnehmen. Der Kursus ist mit finanziellen Mitteln verbunden.

Achtung! Achtung!

Alle Stammellen zum Reichskongress vertätiger Frauen sind sofort abzurechnen.

Polizei im Stadtverordnetenparlament

Die Sozialfaschisten fürchten die Deffentlichkeit

In Einheitsfront mit den Bürgerlichen beschließen sie Steuererhöhung

U. A. G. E. H. E. D. In der Stadtverordnetenversammlung am Montag, dem 22. November, wurden die Forderungen der Sozialfaschisten und die Einführung der Bürgersteuer auf der Tagesordnung. 200 Einwohner waren als Besucher anwesend. In einem Schreiben des Stadtrats Koch wurde darauf hingewiesen, daß der Bürgermeister sofort die im 30 Prozent erhöhte Grundbesitzersteuer und Gemeinderäte an den Kreis abzuführen habe. Inwiefern stärkere Maßnahmen ergriffen werden müssen, in einem Schreiben des Reichskongresses wurde ferner die Erhöhung der Grundbesitzersteuer des besetzten Gebietes von 150 auf 200 Prozent gefordert. Wie andere Steuern sollten in der alten Höhe bleiben, das bedeutet also faktisch eine Schenkung an die Weimarer und eine Belastung derjenigen, die schon jetzt im Lot leben.

Um den Etat zu balancieren, soll die Bürgersteuer eingeführt werden.

Am Saal entfiel ein allgemeines Murren, als dieser Vorschlag kam. Die KPD-Fraktion nahm dazu Stellung und zeigte den ganzen Unabwiesigen Herr der SPD, die die Ausbeutungspolitik der Bürgerlich-Regierung mitmacht, auf. Die Wege, um die lebenden Gelder, die zur Balancierung des Etats notwendig sind, bereitzustellen, wurden auch aufgezeigt. Das sagte den Brüdern von der SPD, natürlich nicht in den Raum. Der SPD-Verbandsvorsitzende Knapf entzog dem gesamten Prozentsatz das Wort. Gemeine Broschüren ließ sich natürlich nicht haben und sprach weiter. Darauf schloß Knapf kurzerhand die Sitzung.

Nach einiger Zeit schloß der Herr Vorsitzende wieder, natürlich mit einem Polizeiangel und ließ den Saal räumen.

Mit einem stilligen Rat verließen die Geschwister Einheitsfront den Saal und die kommunistische Fraktion ging mit ihnen. Ein harter Protest gegen die Vergewaltigung und Ausschließung

Nordhausen

Interbezirk Nordhausen, Arbeitsgebietsleitung Bleiherode

Sonnabend, den 29. November, und Sonntag, den 30. November, findet in Bleiherode im Lokal Ratz, Weimarer, ein Wochenend-Kursus statt.

Die Genossen aus Reinhalt, Fundhausen, Eingraben, Groß-Buchen, GutsMuths, Fleiß, Wülfersbach usw. wollen dazu teilnehmen. Beginn: Sonnabend 20 Uhr. U. A. Nordhausen.

Die Rentner wachen auf!

U. A. E. G. E. H. E. D. Am Sonntag tagte im 'Hohenzollern' die 2. Kreis-Konferenz des 33. an der vorhergehende Woche der Zentralverband der Invaliden teilnahmen. Das politische Programm hielt Genosse M. E. J. in kurzen Worten dar. Die Beschlüsse der Konferenz ordneten an, daß alle Parteigenossen in der nächsten Zeit Material, wo die Kader der Parteiorganisationen der Invaliden, welche vor der Wahl die Rentner wachen und mit großen Verpfändungen getrieben haben. Jetzt sollen aber ihr wahres Gesicht indem sie die Brüder-Regierung und den Arbeiterorganisationen gegenüber zeigen.

An der Diskussion, welche recht lebhaft war, beteiligten sich die Gäste des Zentralverbandes der Invaliden. Diese erklärten, daß sie kein Zutreten zu ihren Führern mehr haben könnten, daß ihr Leben, daß ihre Ortsgruppe geschlossen sein, daß sie übertritt und diesen Veräthern den Rücken kehrt, da sie sich den Vertretungen ihrer Bezirksleiter nicht und Wirtschaftlichen Interessen nicht zufrieden sind. Die Unfähigkeit dieser Leiter, den Material, wo die Kader der Parteiorganisationen der Invaliden, welche vor der Wahl die Rentner wachen und mit großen Verpfändungen getrieben haben. Jetzt sollen aber ihr wahres Gesicht indem sie die Brüder-Regierung und den Arbeiterorganisationen gegenüber zeigen.

Der Kampf gegen soziale und politische Reaktion

führt die Urio-Entschloß Delegierte zur Urio-Konferenz! Sie findet statt, morgen, Sonntag, den 30. November, 9 Uhr, in Halle, 'Volkspark'.

An die werktätige Bevölkerung Nordhausen

Am Sonntag, dem 22. November, demonstrieren die Invaliden des Unterbezirks Weimarer und Weisenfels die Interessen in Nordhausen. Die Demonstration beginnt um 2 Uhr von 'Hohenzollern', Wärmehalle, 27 Uhr im Rathaus am Markt. Durch offene Teilnahme mag die Kampfbewegung ihren Kampfwillen bekunden.

U. A. Nordhausen, KPD, Nordhausen, Kampfbund gegen Faschismus

Was ein Boken zu befehlen ist, da sind die Sozialfaschisten dabei

U. A. K. u. J. In der Gemeindevertretung am Montag fand auf der Tagesordnung unter Punkt 1: Eingemerkter Rumbach-Graben. Unsere Genossen stellten den Antrag, die Gemeinde Rumbach wird nicht nach Gröden, sondern nach Teuders eingemeindet, weil schon jetzt nach Teuders eine Bindung besteht. Bei einer Eingemeindung nach Gröden würde eine neue Straße gebaut werden, deren Baukosten eine 200.000 300.000 Mark betragen dürften, was eine neue Steuererhöhung Folge hätte.

Gegen diesen Antrag war die SPD-Mehrheit. Und weshalb? Der Rumbach-Graben kommt, ein Gemeindevorstand anzufragen, was er nicht, und das wäre für die SPD ein sehr großes Problem. Also schönste Posenjäger! Ferner lag ein Antrag der KPD, um Mitarbeiter für die ausgesetzten Erwerbslosen. Trotzdem die beantragten Sätze sehr knapp gehalten waren.

Lehnte die sozialfaschistische Mehrheit ab.

Begründung war, es wäre kein Geld vorhanden! Arbeiter, Kassenleiter, die vielen Stellen die richtige Haltung treibt der KPD, bei 'Wichtigkeiten' ab, werden durch 'Klassenkampf'!

Kampfband gegen Faschismus

Die kommunistische Partei

Die kommunistische Partei wurde durch die kommunistische Fraktion im hiesigen Stadtparlament, ein Gemeindevorstand anzufragen, was er nicht, und das wäre für die SPD ein sehr großes Problem. Also schönste Posenjäger! Ferner lag ein Antrag der KPD, um Mitarbeiter für die ausgesetzten Erwerbslosen. Trotzdem die beantragten Sätze sehr knapp gehalten waren.

Kampf (SPD) möchte trotz der Vorzüge, unteren Genossen einen Ausweisdruckprozess an den Hals zu bringen.

In der weiteren Tagung wurde dann in hiesiger Gemeinde die Bürgerlichen und Sozialdemokraten sämtliche Steuererhöhungen beschlossen. Wenn der Steuerzettel ins Haus flattert, wird

E. G. E. H. E. D. Heranz zur Rumbachung heute abend 11 auf dem Marktplatz. Der Kampfband gegen Faschismus ruft gegen die faschistischen Elemente in Eisenach auf. Arbeiter, Bauarbeiter, Arbeitervereine, erscheint alle.

Kampfband gegen Faschismus

Prolet wissen, wenn er das zu verhindern hat. Die Regierung wurde abgelehnt. Hier treibt die SPD, wieder eine neue soziale Schmelzpolitik. Sie probieren den Parteien gegenüber der Ablehnung der Steuern und wissen doch ganz genau, daß Parteigenosse darnach diese Steuer zuungunsten einziehen wird.

Eins müssen wir besonders anpreisen. SPD und Bürgerliche beschließen, künftig die Deffentlichkeit auszunutzen, die soll nur noch über Erwerbslose fünf Karten erhalten, die im Besonderen ausgeben kann.

Eingehoren Gerichte! In diesem Beschlusse zeigt die SPD ganz offen ihr faschistisches Gesicht. Erst läßt sie die Stadtverordnetenversammlung durch Polizei zwingen und die Deffentlichkeit auszunutzen und beschließt dann die Steuererhöhungen. Sie fürchten die Kontrolle der Massen.

Die kommunistische Partei dagegen zeigt immer wieder in der Verhale, daß sie die einzige Interessenvertretung der werktätigen Arbeiter ist. Es gibt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen eine eine: Gemeinsam mit der KPD, gegen Ausbeutung und Faschismus bis zur Errichtung eines freien Arbeiter-Vaterlandes kämpfen.

Die Rentner wachen auf!

U. A. E. G. E. H. E. D. Am Sonntag tagte im 'Hohenzollern' die 2. Kreis-Konferenz des 33. an der vorhergehende Woche der Zentralverband der Invaliden teilnahmen. Das politische Programm hielt Genosse M. E. J. in kurzen Worten dar. Die Beschlüsse der Konferenz ordneten an, daß alle Parteigenossen in der nächsten Zeit Material, wo die Kader der Parteiorganisationen der Invaliden, welche vor der Wahl die Rentner wachen und mit großen Verpfändungen getrieben haben. Jetzt sollen aber ihr wahres Gesicht indem sie die Brüder-Regierung und den Arbeiterorganisationen gegenüber zeigen.

An der Diskussion, welche recht lebhaft war, beteiligten sich die Gäste des Zentralverbandes der Invaliden. Diese erklärten, daß sie kein Zutreten zu ihren Führern mehr haben könnten, daß ihr Leben, daß ihre Ortsgruppe geschlossen sein, daß sie übertritt und diesen Veräthern den Rücken kehrt, da sie sich den Vertretungen ihrer Bezirksleiter nicht und Wirtschaftlichen Interessen nicht zufrieden sind. Die Unfähigkeit dieser Leiter, den Material, wo die Kader der Parteiorganisationen der Invaliden, welche vor der Wahl die Rentner wachen und mit großen Verpfändungen getrieben haben. Jetzt sollen aber ihr wahres Gesicht indem sie die Brüder-Regierung und den Arbeiterorganisationen gegenüber zeigen.

Der Kampf gegen soziale und politische Reaktion

führt die Urio-Entschloß Delegierte zur Urio-Konferenz! Sie findet statt, morgen, Sonntag, den 30. November, 9 Uhr, in Halle, 'Volkspark'.

Aus dem Jahre 1898

Kam die Gesellschaft für die Stadtverordnetenversammlung zu Sangerhausen, mit der heute noch, im Jahre 1930, die Arbeitervereine - was natürlich heute die Kommunisten sind - im Sangerhäuser Hungerparlament organisiert und geschlossen werden. Das heißt, wenn es sich die roten Kommunisten gefallen lassen.

Aus der Monarchie ist eine Republik geworden, aber das ist das Schicksal, die Faschisten mit eigener Faust dazu bringen schlagend sich ihren Staat bauen.

Sehen mir alle Kräfte, das dies bald der Fall ist!

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Jugenderwerbsloze protektieren

„Junge Garde“-Bericht und geplante Einführung der Arbeitsdienstpflicht

Am 23. und 24. November fanden in Eitzlerwerda in Liebenwerda Jugenderwerbslosenversammlungen statt, an denen der Jugendrat Ernst Krauß über die geplante Arbeitsdienstpflicht und das „Junge Garde“-Bericht. Er zeigte vor, was die jungen mit aller Deutlichkeit die Arbeitsdienstpflicht nicht die Erwerbslosigkeit bedeutet, sondern nur ein Mittel zum Zweck ist. Die jugendlichen Vorkämpfer werden von den Elternheimern als Vorkämpfer benutzt werden, um die in Liebenwerda Arbeiter zu zwingen, für weniger Geld als die Arbeiter in anderen Betrieben zu arbeiten.

Über diesen Fall vor Augen gefassten Tatsachen erkannten die Jugenderwerbslosen auch, daß es zu gefährlich ginge ein solches Schicksal, das von allen Parteien, von den Nazis bis zur SPD, bejaht und vorge schlagen wird. Nur die Kommunisten, die einzigen Arbeitervertreter, führen die Jugenderwerbslosen in den Kampf gegen die Schandgelei. Folgende Resolution wurde in beiden Versammlungen einstimmig angenommen:

Die Jugenderwerbslosenversammlung von Liebenwerda und Eitzlerwerda protestiert aufs entschiedenste gegen die geplante Einführung der Arbeitsdienstpflicht und gegen das Verbot der „Jungen Garde“-Bericht, unter der Führung des KPD, den Klassenkampf gegen alle reaktionären Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie zu führen. Die Versammelten verpflichten sich, die Jugenderwerbslosen für die wahren Vertreter des „Junge Garde“-Berichts, über den Inhalt der Arbeitsdienstpflicht und die einheitliche rote Kampfbanner des Jugenderwerbslosen beizubehalten. Sine in den KPD, Sine in die NSD, die gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, die Arbeit und Brot.

Revolutionäre Arbeiter werden vom Haß der Klassenjustiz verfolgt

Am 23. November hat vor nicht langer Zeit ereigte in Torgau die Arbeiterschaft, sondern auch die gesamte Gesellschaft die Gelegenheit, welche jetzt auch noch weitere Folgen nach sich ziehen hat. Wir haben jenseit berichtet, daß dem Genossen S. S. g.

Bitterfeld-Wittenberg

Achtung, Unterbezirk Bitterfeld!

Die Hoff, der Ortsgruppen des Unterbezirks Bitterfeld. An alle Parteimitglieder der überparteilichen Organisationen sowie an alle Mitglieder der überparteilichen Organisationen und alle Funktionäre der Partei!

In Dienstagabend findet eine außerordentliche Sitzung statt, welche sich mit der Frage befaßt wird: Wie kommen wir zu dieser Situation, die überparteilichen Organisationen vorwärts? In dieser Sitzung werden wir uns mit der Frage befassen, wie wir die Arbeiterschaft zu erreichen, da am 7. Dezember eine außerordentliche Versammlung des Bitterfelder Kommunisten stattfindet. Die Vertreter machen wir es zur Pflicht, unbedingt zu erscheinen. Die Bes. ist anwesend, welcher zur Genossenschaftsfrage ist. Den Funktionäre der Ortsgruppen wird es zur Pflicht sein, daß die Funktionäre der einzelnen Organisationen erscheinen.

NSD, Bitterfeld, Wittenberg, Genossenschaft.

Großwerbende der ZNS. in Greppin

Die noch junge Ortsgruppe der ZNS. veranstaltete am 11. einen Werbestand, zu dem die Mitgliedergruppe „Grote Werbestand“, verpflichtet war. Vor einem überfüllten Saal wurde die Veranstaltung abgehalten. Für die Greppiner ein Greppin, das es noch nicht zu leben bekommen hatten. Was unsere Arbeiter Genossen zeigten, war kein bürgerliches Theater, es war ein Kampf um das Leben des Proletariats. Sie zeigten in unübertrefflicher Weise das wahre Gesicht der heutigen Gesellschaftsordnung. Jeder Besuch nach jeder Szene bewies, daß die Gruppe Kontakt mit den Zuhörern gefunden hatte und daß ihre Karte war, wenn sie manchmal auch nicht verstanden wurden. Der Referat hielt der Genosse S. P. p. e. Er wies vor allem auf die Rolle der ZNS. in allen Wirtschaftskampfen revolutionären Arbeiterschaft hin. Die nachfolgenden, von der Gruppe eingelesen und von den Funktionären der Ortsgruppe unter Leitung bewies, daß der Referat nicht in die Luft geschrien wurde.

Die neue Mitglieder konnten der Ortsgruppe gewonnen werden, was ist eine Steigerung der Mitgliedschaft um 300 Prozent. Die neue Mitgliederzahl von 500 Personen, so sind 20 Prozent der Anwesenden für den Klassenkampf gewonnen. Dieses ist ein Beweis, daß bei richtiger Ausstattung aller Werbemöglichkeiten die Arbeiterschaft unermüdet gekämpft werden kann. Zu dieser Veranstaltung waren vor allem auch solche Leute amwesend, die sonst kommunistischen Ideen ziemlich fern stehen. Trotzdem konnte die Arbeiterschaft, wie sie lebend die „Internationale“ mitbringen.

weil er dem kranken, erwerbslosen Arbeiter gehalten hat, vom Spruchauschuß die Unterstützung 20 Tage lang eintragen worden ist. Das ist aber noch nicht genug. Jetzt hat der Genosse Böge und auch noch einige andere Genossen eine

Anfrage gestellt bekommen wegen Zusammentritts. Hauptächlich Genosse Alfred Holzweilig soll noch einmal getroffen werden. Aufstehend und der Staatsanwaltschaft die 1 1/2 Jahre Zuchthaus, die man dem Genossen Holzweilig aufgetragen hat, noch nicht genug. Wir wissen ja, daß die Justiz recht lange dem Genossen Holzweilig der Arbeiterschaft fernhalten will, weil sie keinen Einblick unter der Arbeiterschaft fürchtet. Wir sagen aber den Klassenrichtern ins Gesicht, daß in die Zuchthaus, die durch die Beurteilung des

Die „Roten Raketen“

die beste Arbeiter-Theatertruppe Mitteldeutschlands

Sie spielen in: Eitzlerwerda: Sonnabend, den 23. November, abends 8 Uhr im „Hofhof“.

Manstfeld-Sangerhausen

Neueste Glanzleistung der Sozialisten Sie sind die besten Helfer der bürgerlichen Sportler

Manstfeld-Sangerhausen. Nationalismus drückt, werden Sozialdemokraten! Wir roten (!) Klassenverächter es wieder einmal die Sozialisten. Um dem Nationalismus einen Damm entgegenzusetzen zu können, dazu gehört vor allem eine einheitliche Arbeiterschaft. Die Sozialdemokraten aber (spalten) benutzt alle Arbeiterorganisationen, um diese zu reinen SPD-Füllseln zu machen. Die Genossenschaften werden gelichtet, laufende ausgeschlossen. Die Genossenschaften werden gelichtet. In den Arbeiterportverbänden ist es dasselbe. Sondernstufen von Sportlern, die treu zu der Idee

Genossen Holzweilig gefangen ist, ein ganzes Kollektives anderes zu lassen eingetrennt ist

Wir alle verstehen, daß wir nicht eher ruhen werden, als bis wir auch in Deutschland einen Sozialisten errichtet haben. Wir wünschen der Klassenjustiz und des bürgerlichen Klassenapparates können uns nicht vor dieser Aufgabe zurückziehen.

Das man uns jetzt anfragt, weil wir nicht zugelassen haben, daß ein Kranke mit 40 Grad Fieber zum Stempelamt laufen soll, führt sich um in eine Anfrage gegen das kapitalistische System. Was haben das heutige System und die Justiz, die dieses anhaltbare System hält, an, und wir fühlen uns nicht als Angelegte. Allen heißt der KPD, noch fernhalten aber rufen wir zu: „Recht Euch ein in die rote Front, kämpft mit, doch wir die jetzigen unglücklichen Zustände bald beseitigt haben.“

Torgau. Vermitt wird seit letzten Sonnabend die 16jährige Sibbe (14 u. s. Es wird angenommen, daß sie ins Wasser gegangen ist. Bestimmte Gründe, die sie hierzu veranlaßten, sind zur Zeit noch nicht bekannt.

Domnitz. Am letzten Dienstag hatten die Nazi-Deutschen zu einer großen öffentlichen Versammlung im „Schützenhaus“ die Werbetruppe gerufen. Insgesamt hatten sich 18 Reutenen (!) eingefunden, darunter 11 kommunistische Reutenen und 7 Nazi-Reutenen. Das geht deutlich, daß diejenigen, die nach am 14. September ihr Betragen der Nazis gelohnt haben, schon jetzt erkennen, daß sie betrogen und verraten worden sind. Es ist die Aufgabe der revolutionären Arbeiter, diesen Betrogenen den rechten Weg zu zeigen.

der wirklichen Arbeiterportbewegung Ranken, wurden einfach ausgeschlossen. Auch der Arbeiter-Turnverein „Frieden“, Sangerhausen, wurde ein Opfer dieser Spaltungsleuchte der SPD.

„Frieden“ bleibt der Arbeiterportbewegung treu, deshalb hat man ihn auf Grund der Verfügung des Sozialdemokraten Barnack aus dem Turnauschuß für Jugenderwerbslosen ausgeschlossen. Der schon von dem Ausschuß des Turnvereins „Frieden“ gegründete SPD-Schwimmverein hat schon vor längerer Zeit beim Turnauschuß beantragt, „Frieden“ die städtische Turnhalle zu entnehmen und sie ihm zur Verfügung zu stellen. Als einem Arbeiterverein treiben sie die Unmöglichkeit ab.

Das ist echt sozialdemokratisch. Nun hat der Magistrat tatsächlich auf Grund dieser arbeiterverräulichen Tätigkeit, die sich nicht auf die Verfügung der Regierung unter Leitung eines Sozialdemokraten, der seit langen Jahren in der städtischen Turnhalle über den Arbeiter-Turnverein die Turnhalle entzogen und sie dem SPD-Verein zur Verfügung gestellt. Der Anstößt dabei aber ist, daß dieser „Frieden“ zwei Abende pro Woche zur Verfügung hatte, der SPD-Verein aber darf nur einmal in der Woche leben, während der andere Abend dem bürgerlichen Arbeiter-Turnverein zur Verfügung steht.

Die Sozialdemokraten haben also erreicht, daß die bürgerliche Turnhalle bisher vier Abende, jetzt in der Woche fünf Abende die Turnhalle zur Verfügung haben. Wahrscheinlich eine Ungleichheit!

Was über diese Spalter der Arbeiterschaft! Der Arbeiter-Turnverein „Frieden“ aber wird unterbirtt keinen Bestand haben, die Arbeiterschaft muß ihn dabei unterstützen. Bereits ist ein neuer Lösungsweg zur Verfügung gestellt worden. Am Dienstag, den 9. Dezember, finden die Turnstunden im Saale des „Tischlert.“

Genossinnen und Genossen, erscheint rechtzeitig. Am Donnerstag, den 4. Dezember, aber findet eine öffentliche Protestversammlung im „Tischlert.“ statt, in der Genosse Otto Pfeiffer über die Vorgänge in der Arbeiterportbewegung sprechen wird. Arbeiter, erfindet alle, unterstütz unseren Protest gegen die arbeiterverräuliche Regierungsvorrichtung, unterstützt unseren Kampf gegen die Spaltlinie der Arbeiterbewegung. Wohl hat die SPD, einen momentanen Vorteil für ihren Klub erreicht, aber bei der Arbeiterschaft haben sie sich immer mehr als die Spalter, als die Verräter an der Arbeiterportbewegung entlarvt. Viel Glück auf dem Wege zum Nationalismus!

Wie das Arbeitsamt in Sangerhausen das Erwerbslosenproblem lösen will

Man. Vor nicht langer Zeit wurden auf der hiesigen Stempelstelle circa 50 Erwerbslosen die Stempelkarte abgenommen, mit dem Bemerkung, sie sollten in das Nebengewerbe gehen, ein Herz wachts sie sprechen. Wir freundlichen Behörden wurden die Arbeitslosen von dem betriebslosen Herrn empfangen. Dieser hielt einen Vortrag über „Arbeitsbeschaffung“. Die Arbeitslosen erfuhr nur, daß ihre Erwerbslosigkeit damit beseitigt werden sollte, indem sie seinen berühmten „Wirtschaftsgehe“ „Naturperle“ verkaufen müßten!

Wir wir erfahren haben, ist kein einziger Erwerbsloser auf diesen Schwindel hereingefallen. Sie lehnten alle dieses „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ dieses „Wirtschaftsgehe“ mit „Naturperle“ ab und Gattepp mußte die Stempelkarten wieder herauszugeben. Moge der Herr Gemeindevorsteher seinen „Teer“ selbst verkaufen.

Verantwortlich: Carl Schüller, Berlin, für Wolff und Wellmann; Ernst Roth, Halle, für Wolf und Gollitzer; Otto Schöber, Halle, für Wolff und Roth; Alfred Wittenberg, für Wolff und Gollitzer; Fritz Krosch, Halle, für Wittenberg.

„...seitdem ich mit imi spüle, wird das Geschirr viel schneller und besser sauber.“



Bei Millionen Hausfrauen bestätigt sich dieses Urteil täglich: Spiegelnden Glanz, appetitliche Sauberkeit zeigen imi-gepflegte Geschirre. Frischer und bekömmlicher schmecken die Speisen, seitdem mit imi gespült wird. Und vor allem viel weniger Arbeit und Mühe beim Aufwaschen und Spülen.

Nehmen Sie zum Aufwaschen und Spülen immer



Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät aller Art. Hergestellt in den Persilwerken



